

# Zukunft durch Nachhaltigkeit



## Beschluss des Leitantrages

des 39. NRW- Tages der Jungen Union

am 18. und 19. November 2006 in Oelde

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## Inhaltsverzeichnis

<b>A</b>	<b>Einleitung</b> .....	4
<b>B</b>	<b>Wir Christliche Demokraten</b> .....	5
	1. <b>Wir sind Demokraten</b> .....	5
	2. <b>Wir sind christliche Demokraten</b> .....	5
	3. <b>Wir sind patriotische Demokraten</b> .....	5
	4. <b>Wir sind europäische Demokraten</b> .....	6
<b>C</b>	<b>Kinderfreundliche Gesellschaft</b> .....	7
	1. <b>Für ein bewährtes und modernes Familienbild – Ehe und Familie</b> .....	7
	2. <b>Für eine kinderfreundliche Gesellschaft – Solidarität und Gemeinsinn</b> .....	8
	3. <b>Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Finanzen und Betreuung</b> .....	8
	4. <b>Die demographische Entwicklung bereits heute berücksichtigen</b> .....	8
<b>D</b>	<b>Soziale Marktwirtschaft und Generationengerechtigkeit</b> .....	9
	1. <b>Der generationengerechte Sozialstaat</b> .....	9
	2. <b>Globalisierung und Arbeit in Deutschland</b> .....	11
	3. <b>Einführung einer Generationenbilanz</b> .....	13
<b>E</b>	<b>Für einen freiheitlichen Staat</b> .....	13
	1. <b>Die Rolle des Staates</b> .....	13
	2. <b>Transparenz und Verlässlichkeit</b> .....	14
	3. <b>Aktive Bürgergesellschaft und Staatsbürgerbewusstsein</b> .....	15
	4. <b>Neue Wege in der Integrationspolitik bestreiten</b> .....	15
<b>F</b>	<b>Deutschlands Rolle in der Welt</b> .....	16
	<b>Deutschlands Rolle in den Vereinten Nationen</b> .....	18

<b>G</b>	<b>Bewahrung der Schöpfung durch engagierten Umweltschutz.....</b>	<b>19</b>
<b>H</b>	<b>Schlusswort.....</b>	<b>20</b>

## 1 **A Einleitung**

2 In der politischen Diskussion besteht Einigkeit darüber, dass unser Land einen tief  
3 greifenden Veränderungsprozess durchlebt und vor großen Herausforderungen steht:

- 4 1. Der Wohlfahrtsstaat ist in eine Sackgasse geraten, die tief greifende Kurskorrekturen  
5 und Veränderungen dringend erforderlich macht.
- 6 2. Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung dürfen und können nicht länger  
7 von der Politik und der Gesellschaft ignoriert werden.
- 8 3. Die Globalisierung mit ihren Folgen und Auswirkungen ist eine prägende  
9 Rahmenbedingung wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Handelns auf  
10 allen Ebenen geworden.
- 11 4. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und leider immer mehr auch die  
12 Konfrontation unterschiedlicher Wertvorstellungen verschiedener Kulturen hat  
13 spätestens seit dem 11. September 2001 sowohl eine internationale als auch eine  
14 innenpolitische Realität gewonnen.

15  
16 Unsere Herausforderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist es, Deutschland modern, stark  
17 und leistungsfähig zu halten, damit im Sinne einer nachhaltigen und  
18 generationengerechten Politik die Menschen in unserem Land keine Angst vor der Zukunft  
19 haben müssen. Zwölf Jahre nach der Verabschiedung des aktuellen Grundsatzprogramms  
20 „Freiheit in Verantwortung“ besteht daher für die CDU die Notwendigkeit, neue Antworten  
21 auf die aktuellen Probleme und gesellschaftlichen Realitäten zu geben. Die Tatsache, dass  
22 die CDU bei den letzten drei Bundestagswahlen jeweils deutlich weniger als 40%+X erzielt  
23 hat und somit Gefahr läuft, ihren Status als Volkspartei zu verlieren, verlangt neben einer  
24 umfassenden Wahl- und Strukturanalyse der Partei zwingend eine breite Debatte über die  
25 Grundwerte und Grundsätze unserer Politik. Als Junge Union Nordrhein-Westfalen wollen  
26 wir uns aktiv in die Debatte einbringen und dabei die Interessen der jungen Generation  
27 vertreten. Handlungsmaxime sind dabei unsere Grundwerte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und  
28 „Solidarität“. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu unseren geschichtlichen Wurzeln.  
29 Wir sind liberal, weil wir für die Grundrechte des Bürgers und seine Freiheit eintreten;  
30 sozial, weil wir uns für alle Menschen, vor allem für die Schwächeren, einsetzen;  
31 konservativ und fortschrittlich, weil wir Bewährtes nur durch Neues ersetzen wollen, wenn  
32 wir das mögliche Neue als besser erkannt haben.

## 33 **B Wir Christdemokraten**

34

### 35 **1. Wir sind Demokraten**

36 Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, wie dem Gemeinwohl am Besten gedient  
37 werden kann; dies bedeutet, dass eine von der Mehrheit gefasste Entscheidung auch von  
38 der Minderheit akzeptiert und respektiert wird. Als Volkspartei wollen wir breite  
39 Bevölkerungsanteile in eine klar formulierte politische Vision integrieren. Wir wollen  
40 gemäß dem verfassungsmäßigen Auftrag als Partei bei der politischen Willensbildung  
41 mitwirken und damit in den Wettbewerb der Ideen eintreten.

42

43 Wir müssen uns aber auch an den eigenen Wertmaßstäben messen lassen, um Vertrauen zu  
44 gewinnen. Politisch glaubwürdig ist derjenige, der nicht nur ehrlich, verlässlich und klar in  
45 der Aussage ist, sondern auch so handelt.

46

### 47 **2. Wir sind christliche Demokraten**

48 Unsere Politik beruht auf dem christlichen Menschenbild und unserer Verantwortung vor  
49 Gott und seiner Schöpfung. Wir fordern jedoch ein, dass der Blick auf den Menschen nie ein  
50 rein materialistischer sein darf, sondern immer auch den Menschen als Wesen mit Geist  
51 und Seele erfassen muss.

52

53 Die meisten Grundsätze christlicher Ethik sind für unsere Gesellschaft derart  
54 selbstverständlich geworden, dass ihr christlicher Ursprung kaum noch bekannt ist.  
55 Oberster Leitsatz christlicher Ethik ist das Postulat nach Würde und Freiheit für jeden  
56 Menschen.

57

### 58 **3. Wir sind patriotische Demokraten**

59 Unter Patriotismus verstehen wir die Liebe zu unserem Vaterland, ohne die Vaterländer  
60 anderer gering zu schätzen oder zu verachten. Uns Deutsche eint eine gemeinsame  
61 Geschichte und eine gemeinsame Kultur. Patriotismus knüpft somit nicht nur an positiven  
62 oder einzelnen Ereignissen, Taten oder Personen ab. Er bezieht sich vielmehr auf die  
63 Gesamtheit unserer deutschen Identität. Er ist nicht nur ein kurzlebiges Gefühl, sondern  
64 eine dauerhafte Haltung. Dabei verschließen wir vor den Verbrechen und Gräueltaten in  
65 den dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte nicht die Augen. Stattdessen leiten wir aus

66 unserer Vergangenheit die Verantwortung ab, jederzeit für Freiheit, Demokratie und die  
67 Wahrung der Menschenrechte einzutreten.

68  
69 Es sind die Menschen und ihre Leistungen, welche unserem Land Gestalt geben. Unseren  
70 Willen, unser Land im Sinne des Gemeinwohls politisch zu gestalten, führen wir deshalb  
71 nicht zuletzt auf unseren Patriotismus zurück. Dies zeigt sich darin, dass wir Visionen für  
72 unser Land entwerfen und zu ihm stehen. Dabei leiten wir aus unserem Patriotismus ab,  
73 dass das Wohl unseres Landes vor Partikularinteressen geht.

74  
75 **4. Wir sind europäische Demokraten**

76 Deutschland nimmt seit jeher eine Vorreiterrolle in der europäischen Staatengemeinschaft  
77 ein und hat hier deshalb seinen festen Platz. Wir bekennen uns zu unseren Aufgaben und  
78 Verpflichtungen innerhalb Europas. Wir verbinden damit eine klare Vision von einem  
79 Europa. Es bezieht seine Identität aus der philosophischen Tradition der Griechen, vor  
80 allem ihrer Idee von Demokratie, aus der Rechtsgeschichte der Römer und aus den  
81 ethischen Normen des Christentums in Verbindung mit seinen jüdischen Wurzeln sowie  
82 der Aufklärung und dem Humanismus. Daher erscheint die Aufnahme des Gottesbezuges  
83 in die europäische Verfassung wegen der gemeinsamen Kultur- und Religionsgeschichte  
84 der europäischen Völker sinnvoll.

85  
86 Europa muss sich am Beginn des neuen Jahrtausends auf seine Ursprünge besinnen, wenn  
87 es in der jetzigen und in der kommenden Zeit dieselbe positive Strahlkraft entwickeln will  
88 wie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Europa steht für Frieden und  
89 Sicherheit. Wir haben die Verantwortung, auch andere Völker und Gesellschaften daran  
90 teilhaben zu lassen. Bei möglichen Erweiterungen der politischen Union Europas muss aber  
91 auch beachtet werden, dass Europa keine reine Wirtschafts-Union wird, sondern auf Basis  
92 gemeinsamer Werte eine gemeinsame Identität der Europäer erhalten bleibt. Dies darf  
93 nicht zum Preis des Verlusts der nationalen Identität gehen, denn kulturelle Unterschiede  
94 lassen sich nicht durch groß angelegte politische Willensakrobatik aufheben. Wem an der  
95 friedenssichernden Stabilität Europas liegt, dem dürfen die Grenzen nicht gleichgültig sein.  
96 Daher lehnen wir eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ab und  
97 unterstützen das Modell einer privilegierten Partnerschaft.

98

99 Europäisches Identitätsempfinden, Engagement und Opferbereitschaft für Europa lassen  
100 sich nur einfordern, wenn die Politik dem Bürger verständlich machen kann, wofür genau  
101 all diese Anstrengungen unternommen werden. Dabei muss wieder mehr in den Blick  
102 genommen werden, dass Konfliktlosigkeit nach den Erfahrungen des vergangenen  
103 Jahrhunderts nicht selbstverständlich ist. Europäische Identität setzt nationale Identität  
104 voraus. Für die EU muss stets der Leitsatz ‚Einheit in Vielfalt‘ gelten. Regionale und  
105 nationale Unterschiede machen Europa erst stark und vital.

106  
107 Wir sind europäische Demokraten, weil wir von der demokratischen Idee, einer  
108 gemeinsamen Rechtsvorstellung und den kulturellen Fundamenten der Europa zugrunde  
109 liegenden Religion, dem Christentum, geprägt sind.

110

111

## 112 **C Kinderfreundliche Gesellschaft**

113

### 114 **1. Unser Familienbild**

115 Familie bedeutet Bereicherung- für jeden Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt. Kinder  
116 sind unsere Zukunft. Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft verdient eine  
117 angemessene Interessensvertretung.

118 Diesen Raum der Geborgenheit und Menschlichkeit wollen wir schützen. Außerdem bildet  
119 die Familie die erste Ebene des subsidiären Aufbaus unserer Gesellschaft.

120

121 Die heutigen Familienverhältnisse stehen in manchen Fällen leider einer optimalen  
122 Erziehung unserer Kinder entgegen. Wir wollen ein wertegebundenes Familien- und  
123 Erziehungsideal wiederbeleben. Im Sinne des Kindeswohls, welches wir an oberster Stelle  
124 sehen, ist es für uns selbstverständlich, Kinder in allen Lebensformen zu fördern und zu  
125 schützen. Idealbild ist für uns daher nach wie vor die moderne Kleinfamilie, bestehend aus  
126 Mutter, Vater, Kindern und weiteren Verwandten. Allerdings gibt es die  
127 unterschiedlichsten Arten von Lebensgemeinschaften mit Kindern. Kinder müssen darin  
128 stets eine – ihrer Lebenssituation angepasste Förderung, Betreuung und den  
129 entsprechenden Schutz erfahren.

130

131

132 **2. Für eine kinderfreundliche Gesellschaft – Solidarität und Gemeinsinn**

133 Der Hauptgrund für das Fehlen von Kindern in der Gesellschaft ist die aus verschiedensten  
134 Gründen mangelnde Bereitschaft, sich bewusst für Kinder zu entscheiden. Kinder werden  
135 immer mehr in ideeller wie finanzieller Hinsicht als Belastung empfunden. Uns geht es  
136 darum, die Hindernisse dafür auszuräumen und Lösungskonzepte zu entwickeln.

137 Familie ist ein Wert an sich und sollte von jedem Einzelnen und der Gesellschaft als solcher  
138 anerkannt werden.

139 Die Familie zählt heute trotz starker Veränderungen und Instabilitäten mehr denn je zu den  
140 zentralen Lebenswünschen der Menschen. In der Familie werden Kinder und Jugendliche  
141 für das Leben in der Gesellschaft sozialisiert. Hier erlebt man Gemeinschaft, Solidarität und  
142 Festigung der eigenen Person, erfährt Liebe und Zuneigung in der ursprünglichsten Form.  
143 Ethische Prinzipien wie Verantwortung, Toleranz, Respekt und Gerechtigkeit lassen sich  
144 nicht politisch oder gesellschaftlich durch moralische Appelle erzeugen, sondern müssen in  
145 der Familie erlernt und praktiziert werden. Sie finden daher nur dann Akzeptanz, wenn die  
146 Heranwachsenden am Handeln der älteren Familienmitglieder und insbesondere im  
147 sozialen Umgang mit ihnen diese glaubhaft und praktisch erfahren. Aus diesem Grund  
148 kommt der ethischen Bildung und der Sozialisation in der Familie eine ganz besondere  
149 Bedeutung in unserem Gemeinwesen zu.

150

151 **3. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Finanzen und Betreuung**

152 Trotz vielfältiger Bemühungen ist es für berufstätige Eltern immer noch schwierig, Familie  
153 und Beruf miteinander zu verbinden. Dies gilt hinsichtlich der Finanzierbarkeit von Familie,  
154 als auch bei der Problematik mangelnder Betreuungsangebote.

155

156 Daher fordern wir die Verantwortlichen auf, die Anstrengungen zu intensivieren und  
157 Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, Kooperationen mit betriebsnahen Kindergärten  
158 einzugehen bzw. auszubauen. Auch in der Wirtschaft muss zunehmend erkannt werden,  
159 dass Familienfreundlichkeit ein Standortfaktor ist. Das Angebot von Kindergärten "vor der  
160 Haustür" muss ebenfalls ausgebaut werden. Die Kindergärten sollen möglichst von  
161 Elterninitiativen und freien Trägern betrieben werden. Hierbei muss eine stabile  
162 Wertevermittlung garantiert sein. Durch Ganztagsbetreuung über die Ferienzeiten hinaus  
163 werden für die Eltern positive Bedingungen geschaffen, sich weiterhin ihrem Beruf widmen  
164 zu können und flexibel zu bleiben. Politik und Gesellschaft sehen wir in der Pflicht,



165 Lösungsansätze zu finden und gemeinsam umzusetzen. Grundsätzlich sollte allen  
166 Betreuungsstätten das Ziel einer hochwertigen frühkindlichen Erziehung gemein sein, und  
167 Kindern von Anfang an soziale Kompetenzen zu vermitteln, unter anderem durch  
168 integrative Gruppen. Hierfür hat der Staat als öffentliche Hand Gewähr zu leisten.

169

#### 170 **4. Die demographische Entwicklung endlich berücksichtigen**

171 Bei allen Anstrengungen, Deutschland kinderfreundlicher zu gestalten und zukünftigen  
172 Eltern die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, dürfen der Staat und insbesondere die  
173 Kommunen nicht die Augen vor der stattfindenden demographischen Entwicklung  
174 verschließen. Dies stellt uns nicht nur vor neue Herausforderungen in den sozialen  
175 Sicherungssystemen, sondern auch in der Infrastruktur (weniger Kindergartenplätze, mehr  
176 Seniorenbetreuung, Nutzung von ÖPNV etc.). Diese Veränderungen sollten bereits heute  
177 bei der Stadt- und Regionalplanung verstärkt berücksichtigt werden.

178

179

#### 180 **D Soziale Marktwirtschaft und Generationengerechtigkeit**

181 Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft wird zur Belastung unserer sozialen  
182 Marktwirtschaft, indem in den sozialen Sicherungssystemen stetig mehr Menschen  
183 verbleiben. Diese Entwicklung des immer älter werdenden Menschen ist grundsätzlich zu  
184 begrüßen. Leider werden jedoch die sozialen Sicherungssysteme durch immer weniger  
185 Arbeitende, das heißt sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, versorgt und getragen.  
186 Dieses Spannungsfeld gilt es politisch und gesellschaftlich vor allem für künftige, aber auch  
187 für unsere Generation zu lösen, damit die soziale Marktwirtschaft weiter Bestand haben  
188 kann und der soziale Friede in Deutschland gesichert bleibt.

189

#### 190 **1. Der generationengerechte Sozialstaat**

191 Durch die geänderten Rahmenbedingungen ist es notwendig, vor allem unseren Sozialstaat  
192 umzubauen. Solidarität und Freiheit sind für uns grundsätzliche Werte, welche einander  
193 bedingen. Allerdings darf ein falsches Verständnis von Solidarität nicht zu einer  
194 unverhältnismäßigen Einschränkung von Freiheit führen.

195 Was in den letzten Jahrzehnten meist nicht mitbedacht wurde, ist Solidarität mit  
196 zukünftigen Generationen und der Anspruch auf Freiheit. Solidarität muss auch in der  
197 vertikalen Ebene zwischen den Generationen gesehen werden.

198 Wir sehen es als eines unserer Hauptziele, Generationengerechtigkeit zu einer Grundlage  
199 des politischen Handelns zu erheben.

200 In der praktischen politischen Umsetzung bedeutet das gerechte  
201 Sozialversicherungssysteme, die die Interessen von Jung und Alt gleichermaßen  
202 berücksichtigen und eine Haushaltsdisziplin, die den folgenden Generationen keine  
203 Schulden hinterlässt.

204

### 205 **Neue soziale Sicherung**

206 Private und betriebliche Altersvorsorge müssen nach dem Kapitaldeckungsverfahren  
207 kontinuierlich ausgebaut werden, da das Umlagesystem den demographischen  
208 Herausforderungen nicht gewachsen ist. Alle Generationen müssen ihren Teil für mehr  
209 Gerechtigkeit in der Zukunft leisten.

210 Langfristig kann so auf ein tragfähiges System mit einem ausgewogenen Verhältnis aus  
211 eigener Vorsorge und staatlicher Rentenversicherung hingearbeitet werden, das keine  
212 Generation benachteiligt.

213

214 Die Gesundheit unserer Bevölkerung ist ein hohes Gut, das wir fördern müssen. Auch unser  
215 Gesundheitssystem muss zu einer leistungsfähigen und finanzierbaren Komponente in der  
216 sozialen Sicherung gewandelt werden. Dabei sind die Versicherungsbeiträge zur Senkung  
217 der Lohnnebenkosten einkommensunabhängig zu erheben. Die Kosten für unser  
218 Gesundheitssystem sind gleichmäßig auf alle Bürger zu verteilen. Es ist ein  
219 steuerfinanzierter Solidarausgleich insbesondere für die beitragsfreie Versicherung von  
220 Kindern einzuführen. Zur Stärkung der Eigenverantwortung ist nur eine  
221 Mindestversicherung gesetzlich verpflichtend. Zusatzversicherungen sind in Modulform  
222 anzubieten.

223

### 224 **Den Schuldenberg generationengerecht abbauen**

225 Aktuell sieht sich die Bundesrepublik Deutschland einem gewaltigen Schuldenberg  
226 gegenüber. Seit Jahren ist nur noch die Rede davon, dass die 3%-Hürde der  
227 Neuverschuldung des EU- Stabilitätspaktes nicht schon wieder übersprungen werden darf.

228 An Schuldenabbau wird gar nicht erst gedacht.

229 Schulden sind nur dann vertretbar, wenn sie für Investitionen getätigt werden von denen  
230 zukünftige Generationen – denen diese Zahlungsverpflichtungen auferlegt werden –

231 profitieren. Es ist nichts gegen Schuldenaufnahme für Infrastrukturerhaltung, -erneuerung  
232 und -ausbau einzuwenden. Wohl aber gegen Schuldenaufnahme zur Finanzierung von  
233 Konsum, wie es seit langem Tradition in Deutschland ist. Ein ausgeglichener Haushalt ist,  
234 mit Ausnahme des Jahres 2000, in dem die UMTS-Lizenzen verkauft wurden, seit sehr  
235 vielen Jahren nicht mehr erreicht worden.

236  
237 Bei der Schuldenaufnahme darf nicht vernachlässigt werden, dass diese zu zukünftigen  
238 Zahlungsverpflichtungen plus Zinsen führt. Dieser Tatsache wird jedoch nicht vernünftig  
239 Rechnung getragen. Der Artikel 115 GG spricht in Anlehnung an das System der  
240 kameralistischen Buchführung von Einnahmen und Ausgaben. Die Kameralistik ist  
241 allerdings ungeeignet mehrjährige Entscheidungen wirtschaftlich sinnvoll zu unterstützen.  
242 Aus diesem Grund sollten die Begriffe Aufwand und Ertrag aus dem  
243 Rechnungswesensystem der Doppik übernommen werden. Darüber hinaus sollten bei  
244 Schuldenaufnahme Tilgungspläne erstellt werden, die in zukünftige Haushaltsplanungen  
245 einzubeziehen sind.

246 Die Vermeidung und der Weg zum Abbau der Staatsverschuldung muss im politischen  
247 Handeln höchste Priorität haben.

248

## 249 **2. Globalisierung und Arbeit in Deutschland**

250 Das Zeitalter der Globalisierung stellt vollkommen neue Anforderungen an die Politik. In  
251 einer Welt, die frei miteinander handelt und in der freier Wettbewerb herrscht, darf sich die  
252 deutsche Politik nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränken, da so der  
253 gewollte politische Handlungsspielraum stark eingeschränkt oder gar vernichtet wird (z.B.  
254 durch Abwanderung der Arbeitgeber).

255

256 Der Welthandel bietet für Deutschland große Chancen, die durch politisches Handeln  
257 unterstützt werden müssen. Der Standort Deutschland muss wettbewerbsfähig, zuverlässig  
258 und interessant für Investoren aus aller Welt bleiben.

259

260 Funktionieren kann ein grenzüberschreitender Handel allerdings nur, wenn sich alle  
261 Beteiligten an gewisse „Spielregeln“ halten. Aufgabe muss es hier sein für eine weltweit  
262 sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft einzutreten. Aspekte wie Einhaltung der  
263 Menschenrechte, Verbot von Kinderarbeit, Einhaltung von Arbeitssicherheit,

264 Umweltschutz, Kampf gegen Korruption und Produktpiraterie etc. müssen mit unseren  
265 Handelspartnern besprochen und vor allem durchgesetzt werden. Dieses müssen wir auch  
266 unseren Handelspartnern in Osteuropa klar machen, aber vor allem unseren Partnern in  
267 Asien.

268  
269 Der Staat aber kann und soll nicht alles regeln. Daher sind auch – im eigenen Interesse –  
270 die in Deutschland tätigen Unternehmen bei Investitionen in die Zukunft gefordert: in die  
271 Unterstützung von Familien, in Bildung und Forschung.

272  
273 Es müssen Anreize für gut ausgebildete junge Akademiker, allen voran Mediziner,  
274 Naturwissenschaftler und Ingenieure, sowie Handwerker geschaffen werden, damit diese  
275 nach ihrer Ausbildung in Deutschland gehalten und zusätzliche ausländische Topkräfte von  
276 Deutschland überzeugt werden. Wenn Deutschland im Bereich Forschung und Entwicklung  
277 weiterhin zu den Weltbesten gehören soll, muss die wissenschaftliche Elite während und  
278 nach der Ausbildung besser gefördert werden.

279  
280 Flexiblere Bildungssysteme und Arbeitsmöglichkeiten sowie neue Ansätze und Ideen sind  
281 gefragt.

282 Es ist im Sinne Aller, den Jobmotor Mittelstand und ganz besonders auch Existenzgründer  
283 weniger mit Vorschriften zu behindern und den Zugang zu Kapital, Mitarbeitern und  
284 Märkten zu erleichtern. Teil davon ist es auch, Gesetze aus der europäischen Ebene 1:1 zu  
285 übertragen und nicht das Wachstum und die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen  
286 durch zusätzliche Vorschriften zu gefährden.

287  
288 Menschen dürfen nach dem Ende ihres Erwerbslebens nicht zum „alten Eisen“ zählen. Ihre  
289 Erfahrung und Tatkraft werden dringender denn je gebraucht. Dies ist im Sinne der  
290 Generationengerechtigkeit eine Anforderung an sie – aber man muss es ihnen auch  
291 ermöglichen. Altersgrenzen z.B. in der Wissenschaft sollten daher flexibel gehandhabt  
292 werden oder gänzlich fallen.

293

294

295

296

297 **3. Einführung einer Generationenbilanz**

298 Die politischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte bis heute und die daraus  
299 resultierenden Probleme lehren uns eines: Wir haben eine Verantwortung für die Zukunft,  
300 auch für die Zukunft nach uns.

301  
302 Damit die Auswirkungen der Entscheidungen von heute auf die Generationen von morgen  
303 nicht mehr aus den Augen verloren werden können, fordern wir von der Bundes- und den  
304 Landesregierungen regelmäßige Generationenbilanzen. Diese Bilanzen sollen die  
305 Belastungen zukünftiger Generationen durch die heutige Politik aufzeigen.

306  
307 Neue Gesetze sind bereits vor ihrem Erlass auf den Aspekt der Generationengerechtigkeit  
308 hin zu überprüfen.

309  
310

311 **E Für einen freiheitlichen Staat**

312  
313 **1. Die Rolle des Staates**

314 Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden dem Staat kontinuierlich  
315 zusätzliche Aufgaben übertragen. Immer mehr Lebensbereiche unterliegen staatlicher  
316 Reglementierung und Kontrolle. Gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliche  
317 Dynamik werden dabei fortwährend eingeschränkt. Durch überzogenes Sicherheitsdenken  
318 und die von staatlicher Seite begünstigte Versorgungsmentalität werden immer mehr  
319 Gesetze und ein höherer Bürokratieaufwand zu deren Umsetzung erforderlich.

320  
321 Wir fordern einen starken Staat, der sich auf folgende Kernaufgaben konzentriert: die  
322 Gestaltung der Rechtsordnung, die Garantie der äußeren und inneren Sicherheit, den  
323 Schutz der Bürgerrechte jedes Einzelnen, die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen  
324 für Gesellschaft und Wirtschaft sowie für Schule und Bildung, Umwelt-, Verbraucherschutz  
325 und die Schaffung eines vom Gedanken der Solidarität getragenen Sozialstaates.

326  
327 Wir fordern aber auch einen freiheitlichen Staat. Hierzu zählt, dass wir uns unsere  
328 kulturelle Freiheit nicht nehmen lassen. Toleranz gegenüber anderen Religionen,  
329 Glaubensgemeinschaften und Lebensstilen ist für uns unabdingbar und muss in einer

330 freiheitlichen Gesellschaft auch durch uns stets verteidigt werden. Maßstab unserer  
331 Toleranz ist dabei das Grundgesetz. Ebenso müssen wir aber auch von anderen Religionen  
332 und Glaubensgemeinschaften nicht nur Toleranz unserer Religion, sondern auch unseres  
333 freiheitlichen Lebensstils in Gesellschaft und Kultur einfordern. Unabdingbar für ein Leben  
334 in Deutschland ist daher die Akzeptanz des Grundgesetzes. Wir dürfen unsere eigenen  
335 Überzeugungen bei aller Toleranz nicht vergessen oder als minderwertig betrachten.

336  
337 Gleichzeitig gilt es von Seiten des Staates, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und  
338 seine Bürger in die Lage zu versetzen, für ihre eigenen Belange selbst Verantwortung zu  
339 übernehmen. Nur soweit der Einzelne oder gesellschaftliche Gruppen und Verbände dazu  
340 nicht in der Lage sind, bedarf es nach dem Prinzip der Subsidiarität staatlicher Eingriffe.

341  
342 **2. Transparenz und Verlässlichkeit**  
343 Wie jede Ordnung menschlichen Zusammenlebens ist auch unser Staat auf die  
344 Zustimmung und das Engagement seiner Bürger angewiesen. Das Vertrauen in den Staat  
345 setzt das Vertrauen in seine Leistungsfähigkeit voraus.

346  
347 Gesetze und Verordnungen sind oftmals zu unübersichtlich. Hinzu kommt eine Vielzahl  
348 staatlicher Stellen, die mit Teil- oder Mehrfachzuständigkeiten dem Bürger oft das Gefühl  
349 einer undurchschaubaren Bürokratie ohne klare Ansprechpartner und  
350 Verantwortlichkeiten vermittelt. Lange Widerspruchverfahren verzögern in langwierigen  
351 Prozessen allzu oft wichtige Entscheidungen. Der Staat wird daher in der Wahrnehmung  
352 der Bürger immer mehr zum Selbstzweck.

353  
354 Daher fordern wir stärkere Anstrengungen, um das Vertrauen in den Staat zu fördern und  
355 die Demokratie weiter zu stärken. Die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privaten  
356 ist weiter zu unterstützen. Dazu müssen auch die Verwaltungsstrukturen durchschaubar  
357 sein. Rechtsvorschriften mit Verfallsdatum ermöglichen eine fortwährende Überprüfung  
358 ihrer Aktualität.

359  
360 Erforderlich ist auch ein Abbau von Bürokratie und gesetzgeberischem Regulierungsdrang.  
361 Dies erfordert nicht nur die Überprüfung neuer Gesetze und Verordnungen, etwa durch  
362 den Normenkontrollrat. Auch bestehende Rechtsvorschriften müssen endlich auf den

363 Prüfstand und konsequent überarbeitet oder abgeschafft werden, wenn sie zu bürokratisch  
364 oder unnötig detailliert sind. Der Gesetzgeber darf nicht jeden erdenklichen Sachverhalt in  
365 zahlreichen Ausnahmen und Tatbestandsvarianten zu erfassen versuchen. Daher ist von  
366 deutscher Seite gerade auch in europäischen Institutionen auf Abbau und Vermeidung  
367 bürokratischer und schlichtweg überflüssiger Rechtsvorschriften hinzuwirken.

368

### 369 **3. Aktive Bürgergesellschaft und Staatsbürgerbewusstsein**

370 Eine aktive Bürgergesellschaft stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es geht darum,  
371 mit weniger Staat mehr Freiräume für private Initiativen und mehr soziales  
372 Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen zu schaffen. Begriffe wie Solidarität und  
373 Gerechtigkeit werden so mit Leben gefüllt und für jeden fühlbar gemacht.

374 Den Staat sehen wir in erster Linie in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen für  
375 bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Mehr Eigenverantwortung, die strikte  
376 Beachtung der Prinzipien von Subsidiarität und Konnexität bei allem staatlichen Handeln  
377 und die verstärkte Förderung und öffentliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements  
378 sind die Wege zu diesem Ziel. Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen sollen  
379 flächendeckend ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen – im Idealfall sollten diese  
380 ehrenamtlich organisiert sein. Dem Ehrenamt dürfen nicht zusätzliche bürokratische  
381 Hemmnisse und steuerliche Belastungen auferlegt werden.

382

### 383 **4. Neue Wege in der Integrationspolitik beschreiten**

384 Wir bekennen uns zu einer weltoffenen Gesellschaft, die es Deutschen und Migranten  
385 ermöglicht, friedlich zusammen zu leben und zu arbeiten. Leider erkennen wir immer noch  
386 grundlegenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Integration.

387

388 Trotz erheblicher Integrationsbemühungen und wesentlich größerer finanzieller  
389 Aufwendungen als in den meisten vergleichbaren Staaten, stellen sich bisher nicht die  
390 gewünschten Integrationserfolge ein. Gerade auf Grund der vielen, in der Vergangenheit  
391 begangenen Fehler bei der Integrationspolitik, müssen hier neue Wege beschritten werden.

392 Wir setzen uns deshalb dafür ein, neue Wege in der Integrationspolitik zu beschreiten.

393 Dabei muss insbesondere die in zahlreichen Städten zu beobachtende Ghettoisierung  
394 bestimmter Stadtteile verhindert werden. Der Versuch, eine multikulturelle Gesellschaft zu  
395 etablieren, ist gescheitert. Anstelle eines langfristigen Integrationsprozess führte dieser

396 Irrweg zum Entstehen von Parallelgesellschaften, die ein erhebliches Konfliktpotential  
397 bergen.

398  
399 Maßstab für die Beurteilung erfolgreicher Integrationsbemühungen muss die  
400 Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung und die Beherrschung  
401 der deutschen Sprache als zentrale Elemente der deutschen Leitkultur sein. Die  
402 Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration müssen von der Gesellschaft  
403 ermöglicht werden. Fehlender Integrationswille muss jedoch zu Sanktionen führen.  
404 Fordern und Fördern muss Leitziel der Integrationsbemühungen sein.

405

406

## 407 **F Deutschlands Rolle in der Welt**

408

409 Das Ende des Ost-Westkonflikts und der Deutschen Teilung hat zu einer gänzlich neuen  
410 weltpolitischen Situation geführt, auf die die deutsche Außenpolitik bis heute  
411 unzureichend reagiert hat. Die Außenpolitik wurde unter Rot-Grün stark von innen- und  
412 parteipolitischen Auseinandersetzungen geprägt. Eine derartige Fehlentwicklung steht der  
413 Tradition einer parteiübergreifenden Kontinuität in den Grundzügen deutscher  
414 Außenpolitik entgegen.

415

416 Eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik ist auf die regionale und globale Zusammenarbeit,  
417 insbesondere in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen, angewiesen. In einer  
418 globalisierten Welt kann oftmals nur auf diese Weise den deutschen Interessen, die sich  
419 aus seiner starken Exportwirtschaft, seinen vielfältigen kulturellen Außenbeziehungen  
420 sowie der damit einhergehenden Verantwortung für die weltweite Achtung der  
421 Menschenrechte herleiten, Rechnung getragen werden. Auch das wiedervereinigte  
422 Deutschland tut sich schwer, in diesem Rahmen eigene Interessen zu artikulieren.  
423 Erforderlich ist deshalb eine umfassende und kontinuierliche Beschreibung der Ziele der  
424 deutschen Außen- und Europapolitik, die nicht durch eine undifferenzierte Anpassung an  
425 Fremdinteressen ersetzt werden kann. Deutschland muss deshalb den Mut zu einer  
426 ehrlichen Strategiedebatte aufbringen. Diese darf nicht durch falsche Zurückhaltung oder  
427 selbstlose Formulierungen geprägt sein, sondern muss den politischen Willen in der  
428 Außenpolitik klar erkennen lassen. Dies alles wird schließlich der verlässlichen und damit



429 nachhaltigen Zusammenarbeit mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern  
430 dienen.

431 Die primäre Aufgabe deutscher Außenpolitik ist eine klare Definition vitaler Interessen  
432 unserer Nation, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens stattzufinden hat. Dazu  
433 gehört auch eine Abstimmung der Außenpolitik auf die wirtschaftlichen und strategischen  
434 Interessen Deutschlands. Unser Land muss seine vitalen Interessen in den internationalen  
435 Organisationen und gegenüber seinen Bündnispartnern in EU und NATO prägnanter  
436 formulieren.

437 Überlegungen zur Weiterentwicklung der internationalen Gemeinschaftsorganisationen  
438 und des Völkerrechts dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen angemessen auf die  
439 Bedrohungsszenarien des internationalen Terrorismus reagieren. Zu einem gereiften  
440 Verständnis von Außenpolitik muss auch daher eine realistische Betrachtung der  
441 militärischen Komponente gehören, die sich an den Grundsätzen der Sparsamkeit und  
442 Notwendigkeit orientiert. Das außenpolitische Engagement muss alle Instrumentarien der  
443 Konfliktlösung berücksichtigen. Ein deutscher militärischer Einsatz im Kontext unserer  
444 Bündnispflichten und Bündnisrechte setzt eine konkrete und gegenwärtige Betroffenheit  
445 vitaler deutscher Interessen voraus.

446  
447 Das Zeitalter der Globalisierung ist von transnationalen Anpassungsprozessen geprägt.  
448 Besonders die Verflechtung zwischen deutscher und europäischer Politik prägt diese  
449 Entwicklung und beweist den Grundcharakter gegenseitiger Abhängigkeit bei der  
450 Interessenbestimmung. Daher steht die Gewichtung des nationalen Interesses auch nicht  
451 in einem Gegensatz zum Engagement in den internationalen Gemeinschaftsinstitutionen.  
452 Schließlich entsteht die Politik der Gemeinschaftsorgane selten ausschließlich im  
453 supranationalen Raum. Vielmehr entwickeln sich die Motive und Orientierungspunkte aus  
454 den nationalen Perspektiven.

455  
456 Ferner muss sich die deutsche Sicherheitsarchitektur auf eine weitsichtigere Außenpolitik  
457 einstellen. Auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffes ist daher das  
458 Sicherheitskabinett zu einem Bundessicherheitsrat als ständiger Institution  
459 weiterzuentwickeln. In ihm soll unter der Leitung eines Bundessicherheitsberaters im  
460 Range eines Staatsministers im Bundeskanzleramt die Arbeit der relevanten Bundesämter

461 und Bundesministerien koordiniert und für das Bundeskabinett zur verantwortlichen  
462 Entscheidung aufbereitet werden.

463  
464 Der außenpolitische Emanzipationsprozess des wiedervereinigten und souveränen  
465 Deutschlands ist noch nicht abgeschlossen. Globale Verantwortung, europäischer Geist  
466 und nationale Bindung sind die konstitutiven Wesenselemente einer anzustrebenden  
467 außenpolitischen Kultur. Unsere Zielvorstellung ist eine sachliche, interessenorientierte  
468 und kalkulierbare Außenpolitik, damit Deutschland im atlantischen Bündnis und im  
469 europäischen Kontext die Rolle des „partner in leadership“ ausfüllen kann.

470

### 471 **Deutschlands Rolle in den Vereinten Nationen**

472 Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sich sowohl die Handlungsmöglichkeiten als auch  
473 die Aufgaben der Vereinten Nationen fundamental gewandelt. Eine Reform der UNO ist  
474 unumgänglich, da die Organisation derzeit die weltpolitische Konstellation von 1945  
475 widerspiegelt. Diese anachronistischen Strukturen werden weder den Erfordernissen des  
476 21. Jahrhunderts noch der Rolle Deutschlands in der Weltgemeinschaft gerecht. Denn  
477 Deutschland trägt enorme Verantwortung für die internationale Sicherheit – wie die  
478 Beteiligung an etlichen Friedensoperationen zeigt – und trägt als drittgrößter  
479 Beitragszahler wesentlich zur Finanzierung der Vereinten Nationen bei.

480 Daher sprechen wir uns für eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen aus.  
481 Besonders im Sicherheitsrat bedarf es einer Neujustierung der Gewichtung der  
482 Stimmrechte der führenden Nationen dieser Welt, zu denen auch Deutschland gehört.  
483 Ebenso sprechen wir uns für die Streichung der so genannten „Feindstaatenklausel“ in der  
484 Charta der Vereinten Nationen aus.

485  
486 Gleichwohl kann Europa seine Sicherheit und seine Werte nur gemeinsam verteidigen.  
487 Gerade auf Deutschland als neuem Sicherheitsratsmitglied käme daher die Verantwortung  
488 zu, in Abstimmung mit Frankreich und Großbritannien für die Berücksichtigung der  
489 gesamteuropäischen Interessen und einer gemeinsamen Außenpolitik der EU Sorge zu  
490 tragen. Die Junge Union NRW spricht sich daher dafür aus, dass Deutschland diese Rolle  
491 durch eine ambitionierte Selbstverpflichtung annimmt.

492

493

494 **G Bewahrung der Schöpfung durch engagierten Umweltschutz**

495  
496 Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Nur eine intakte  
497 Umwelt bietet ein lebenswertes Umfeld für uns und nachfolgende Generationen.

498  
499 Gerade in diesem Bereich sind die Anzeichen der voranschreitenden Globalisierung  
500 besonders deutlich zu erkennen. Umweltprobleme, wie die globale Klimaveränderung oder  
501 die zunehmende Verschmutzung der Meere sind längst zu Aufgaben geworden, die sich  
502 einer nationalstaatlichen Lösung entziehen. Der Erfolg von Umweltschutzmaßnahmen ist  
503 deshalb auch immer in einem internationalen Kontext zu bewerten. Hier sehen wir vor  
504 allem die internationale Vereinbarung und Durchsetzung klarer und einheitlicher  
505 Umweltstandards als vordringliches Ziel an. Dabei gilt es, nationale Egoismen (wie z.B.  
506 beim Kyoto-Protokoll) zu überwinden und trotz der zunehmenden Auseinandersetzung um  
507 natürliche Ressourcen zu langfristig tragfähigen Vereinbarungen zu kommen.

508  
509 Es ist uns bewusst, dass Deutschland hier bereits eine führende Rolle eingenommen hat.  
510 Dieses Engagement ist zukünftig konsequent auszubauen. Insbesondere ist darauf zu  
511 achten, dass Deutschland weiterhin als attraktiver und konkurrenzfähiger Standort seine  
512 Führungsposition in der Entwicklung, Produktion und Vermarktung neuer Technologien  
513 halten und ausbauen kann. Nur aus einer starken wirtschaftlichen Stellung heraus werden  
514 wir auch zukünftig in der Lage sein, eine aktive und überzeugende Position in den  
515 weltweiten Umweltschutzbemühungen einzunehmen. Hierbei kommt es vor allem darauf  
516 an, die nötigen Diskussionen ergebnisorientiert und ohne ideologische Scheuklappen zu  
517 führen. Im Bereich des Klimaschutzes lehnen wir deshalb den von rot-grün beschlossenen  
518 Ausstieg aus der Kernenergie entschieden ab. Solange keine wirtschaftlichen und  
519 versorgungssicheren Alternativen zu dieser Energieart bestehen, muss die Kernkraft  
520 weiterhin mit ihrer CO<sub>2</sub> neutralen Arbeitsweise zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen  
521 beitragen.

522  
523 Im Bereich der Industrie ist den Tendenzen zur Verlagerung „dreckiger“ und  
524 energieaufwendiger Industriezweige in Länder mit niedrigeren Umweltstandards (Umwelt-  
525 Dumping, Emissionshandel) konsequent entgegenzuwirken. Zur Schadstoffreduzierung ist

526 es außerdem unumgänglich, dass der Güterverkehr wieder zum größten Teil auf der  
527 Schiene stattfindet.

528

529

530 **H      Schlusswort**

531

532 Freiheit, Verantwortung, Sicherung der friedlichen Weltordnung, soziale Gerechtigkeit,  
533 Solidarität sind Werte der Jungen Union NRW. Nach diesen Leitlinien leben wir und  
534 gestalten unsere politische Arbeit. Diese Werte gehören nach Auffassung der jungen  
535 Christdemokraten in die Debatte zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschland.

536 Nachhaltiges, lösungsorientiertes politisches Handeln ist nicht nur vor dem Hintergrund  
537 der Generationengerechtigkeit unabdingbar – das neue Grundsatzprogramm wird sich  
538 hieran messen lassen müssen.